

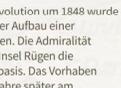


IN VERSCHIEDENEN ZEITEPochen WAREN DEUTSCHE MARINEFÜHRUNGEN SCHON IMMER VON DER VORSTELLUNG FASZINIERT, AUS STRATEGISCHEN GRÜNDEN IM GROßEN JASMUNDER BODDEN DER INSEL RÜGEN EINE HAUPTBASIS FÜR KRIEGSSCHIFFE ZU ERRICHTEN. HIERZU GAB ES IN DEN JAHREN UM 1848, 1937 UND 1950 AUFWÄNDIGE PLANUNGEN UND VERSUCHE - ALLE OHNE VOLLENDUNG.

ERSTER VERSUCH 1848-1866



Nach der deutschen Revolution um 1848 wurde vom Deutschen Bund der Aufbau einer Bundesflotte beschlossen. Die Admiralität plante deshalb auf der Insel Rügen die Errichtung einer Hauptbasis. Das Vorhaben scheiterte jedoch vier Jahre später am Niedergang der Bundesflotte aus Finanznot und wegen Uneinigkeiten bei der Ausübung der Exekutivgewalt.



Bundesflotte um 1850



Begründer der dt. Marine Prinz Adalbert von Preußen 1811 - 1873

Nach Willen der preußischen Admiralität sollten preußische Kriegsschiffe im Jasmunder Bodden eine Hauptbasis erhalten. Das ging allerdings nicht ohne einen Kanalbau von offener See in das Binnenwasser.



Kontreadmiral Carl Rudolf Bromme 1804 - 1860

Der preußische Kontreadmiral und Befehlshaber der ersten deutschen Kriegsflotte, Carl-Rudolf Bromme, offerierte 1854 der Admiralität die von Gottlieb Hagen (1797-1884) entworfenen Pläne zum Rügenhafenbau. Beste Voraussetzung für das Bauvorhaben boten die Fischerorte Polchow und für den Kanalverlauf der Küstenort Glowe. Das auf preußischer Seite wieder aufgeflammte Interesse am Militärfahren war nur von kurzer Dauer, denn Schliessung und österreichischer Verwaltung stehend - erlaubte 1866 den mit Österreich verbündeten Preußen ihre bisher in Danzig stationierte Kriegsflotte nach Kiel zu verlegen und als Hauptstützpunkt auszubauen.

ZWEITER VERSUCH 1936-1945

Die Kriegsmarine der Deutschen Wehrmacht begann bereits 1936 mit der Auswahl und Vorbereitung des Aufbaus einer Marine-Hauptbasis im Großen Jasmunder Bodden, gestützt auf Pläne der preußischen Marine. In einem Memorandum an die oberste Reichs- und Wehrmachtsführung verweist der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Großadmiral Raeder, auf die Wichtigkeit und Bedeutung des Aufbaus eines Handelshafens und allem voran einer neuen Marine-Hauptbasis auf der Insel Rügen zum Schutz deutscher Handelswege, z.B. für rüstungswichtige Erzlieferungen aus Skandinavien und die Schaffung von Marinebasen für einen möglichen Kriegsfall hatten Vorrang. Die Planungen zum „Rügenhafen“ konzentrierten sich daher auf den Hafenbau mit einem großen Anteil an Werftindustrie für zivilen und militärischen Schiffbau und auf die Errichtung von Basisstützpunkten für verschiedene Verbände der Kriegsmarine. Als Standort kamen erneut die Großräume Polchow, Martinshafen (Kreidehafen seit 1899) bis Lietzow im Bodden und Glowe an der Küste in Betracht. Auf der gegenüberliegenden südlichen Bodden-seite, in den Banzelvitz Bergen, sollte ein großer Stützpunkt für drei Flottillen mit 25 U-Booten (Typ II B und VII B) und Versorgungsschiffen gebaut werden. Die weitere Aufstockung um 30 Schiffe war bereits ab Mai/Juni 1939 eingeplant.



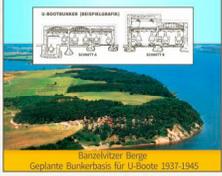
Fakultätskriegsmarine 07.12.1936



Fakultätskriegsmarine 07.12.1936



Fakultäts DKM GdGdO 27.01.1937



Banzelvitz Berg Geplante Bunkerbasis für U-Boote 1937-1945



U 38 Typ II B der Deutschen Kriegsmarine 1938



Fakultätskriegsmarine 07.12.1936



Fakultäts DKM GdGdO 27.01.1937

Eine weitere Studie sollte klären, ob die geplanten Hafen- und Werftenbaukapazitäten auch zur Aufnahme großer Kriegsz- bzw. Schlachtschiffe ausreichten. Für die Transportierbarkeit (Be- und Entladung von Schiffen) sollten bis an die Hafenanlagen, Werften, Trockendocks, Helgen und Molen Gleise führen. Vor dem Kanal im Bodden war für ein- und auslaufende große Kriegsschiffe (Spycaker und Mittelsee) eine überdimensionierte Manövrierefläche angedacht. Für die Arbeiten in den zivilen und militärischen Hafenanlagen/Forts wären planförmig 11.000 Menschen nötig gewesen. In Glowe, östlich vom Königshorn, verliefen inzwischen die Bauarbeiten für den Molenbau und den Kanaldurchstich, so auch an der Erschließung der Bahntrasse zwischen Abzwieg Saiser/Borchitz bis Glowe. Die Arbeitskräfte hierfür wurden in Glowe und bei Bobbin in Baracken untergebracht.

Auf Befehl des OKM (Oberkommando der Marine) wurden Anfang 1940 die Baumaßnahmen beendet und vorerst zurückgestellt. Der Blitzkrieg gegen Polen, der Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes und die Kriegserklärung Englands veränderte die Strategie der Kriegsmarine. In Folge der 1943/1944 ermittelten Kriegslage (Eröffnung Zweifrontenkrieg) und durch das offensive Vorgehen der Alliierten gegen Werften und Basen der Kriegsmarine an den Atlantikküsten befehlt Großadmiral Dönitz in abgeänderter Form die Wiederaufnahme des eingestellten Hafenausbaus im Jasmunder Bodden. Die Pläne sahen nun vor, bunkerartige Werftbauten für den Neubau und zur Instandsetzung von U-Booten zu errichten und den Großraum Jasmunder Bodden auch als Rückzugsgebiet für andere Marineverbände auszubauen. Im Spätsommer 1944 wurden die Kanalbauarbeiten zwischen Ostsee und Bodden, auch unter Einsatz von Kriegsgefangenen, eiligst fertig aufgenommen. Unweit vom Kap Königshorn ist an der Errichtung der West- und Ostmale und an einer stählernen Anlege- und Verladebrücke für U-Boote gearbeitet worden. Das schnelle Ende des 2. Weltkriegs ließ das Projekt „Rügenhafen“ jedoch erneut scheitern.

DRITTER VERSUCH 1950-1953

In Übereinstimmung mit der Interessenslage der Sowjetregierung Stalins beschloss die Regierung der DDR 1950 den gemeinsamen Aufbau starker Marine-Streitkräfte im Ostseeraum als Folge der Nachkriegsentwicklung in Europa. Auf Dauer sollte an der Nahtstelle zu den westlichen Besetzungszonen (später Nato und Warschauer Vertrag) eine politische und militärische Präsenz installiert werden. Damit wurde das Vorhaben „Rügenhafen“ Bestandteil der Militärdoctrin beider Länder. Die Erarbeitung des „Generalplan Rügenhafen“, die von sowjetischen Militärbauberatern begleitet wurde, begann im Frühjahr 1950. Die Koordinierung, der Ablauf und die Sicherung des Vorhabens lag in Verantwortung der Bau-Union Nord-Sagd, des Innenministeriums in Berlin und eines russischen Beraterstabes mit Sitz in Sassnitz. Auch die systematische Ausrüstung der Volkspolizei-See (spätere NVA-Volksmarine) begann. Die DDR trat damit in die Phase einer langfristigen Militarisierung des Landes, die bis 1990 bestand. Der enorme finanzielle, materielle und arbeitskräftemäßige Aufwand „Rügenhafen“ stand im völligen Widerspruch zu den damaligen wirtschaftlichen Verhältnissen in der DDR. Zur Schaffung von Aufreihzeit und zur Sicherung der Vorhabenbereiche kam es zu behördlich angeordneten Zwangsumsiedlungen von Einwohnern per Entschädigung. Aus Glowe und den Anliegerorten sollten 1.600 Einwohner (etwa 400 Familien) in andere Gegenden der Insel umsiedeln. Glowe sollte komplett geräumt und die verbliebenen Wohnstätten später durch Angehörige von Armee und Polizei genutzt werden. Die Straße zwischen Ruschwitz und Juliusruh erhielt 1951/1952 Kontrollstellen mit Schlagbäumen. Das Betreten der Sperrezone war nur mit Passierschein bzw. einer Aufenthalts- oder Durchreiseerlaubnis möglich.

Im Frühjahr 1952 begannen die Arbeiten für die Bauwerke Vorhafen, Molen und Kanal (Breite 90 m / Tiefe 12 m). Täglich waren hierbei bis zu 15.000 Arbeitskräfte, einschließlich ca. 3.200 Strafgefangener, aus allen Gegenden und Gewerken der Republik beschäftigt. Die Ortslage von Glowe verwandelte sich zwischen 1950 bis 1952 mit insgesamt 110 Holzgebäuden in eine riesige „Barackenstadt“. Es gab die Lagerstandorte A (zwischen Ortsmitte bis Wittower Heide), B (zwischen Gemeindefast bis Rügen Radio, beidseits der Hauptstraße) und später C (bei Bobbin - heute Saurierpark) wo sich die Bauleitungen, Arbeiterunterkünfte, Sozialeinrichtungen, Arzt- und Krankenstationen, HO-Geschäfte, Gewerke u.a.m. befanden. Im A-Lager (Waldsiedlung/Wittower Heide, heute HELMA und NCC-Standard) waren die Strafgefangenen als auch die etwa 500 Wachkräfte der Kasernierten Volkspolizei untergebracht. Der „Rügenhafen“ sollte nach mehreren Etappen 1966 die volle Arbeitskapazität erreichen. Die Projektanten planten daher zwischen Sagard, Neddesitz und Bobbin die ca. 100.000 und für später auch im Raum Ralswiek/Meuswitz für weitere 30.000 Menschen. Hier gab es die großflächigen, staatlichen Bodenaufkäufe beginnen. Zur Straßeneröffnung über den Kanal in Glowe sollten die Lösungsvarianten Dreh- oder Klappbrücke, den Tunnelbau. Letztere Variante war auch bei Glowe-Weddort für die Eisenbahntrasse (Ringbahn ab Abzwieg Saiser/Borchitz über Polchow, Glowe, Schaabe, Juliusruh/Breege, Wiek, Trent, Bergen) vorgesehen. Zur Absicherung der Stromversorgung entstand bereits 1950/1951 ein großes Umspannwerk bei Sagard-Vorwerk (Abzweig B 96 - nach Martinshafen).

Die Umsiedlung für das Projekt „Handelshafen Rügen“ wird folgende Ortschaften betreffen:

Ortschaft	Einwohner
Glowe	500
Spycker	60
Ruschwitz	60
Bobbin	150
Polchow	590
Koradzorf	30
Polkwitz	100
Vorwerk	90
Kampe	50
Baldereck	50
Borchitz	20

= 400 Familien, Anzahl Umsiedlungen 1952

Kostenübersicht:

Objekt	Fläche	Kosten
1.) Demontagekosten:		
Neubauern	150 Par. x 25.000,-	3.750.000,-
Kleinbauern und Fischer	90 * x 10.000,-	900.000,-
Fischereiarbeit und Wasserbau	5 * x 12.000,-	60.000,-
Leitungsarbeiten	6 * x 2.000,-	12.000,-
Bauarbeiter	12 * x 8.000,-	96.000,-
Fluscher	5 * x 4.500,-	22.500,-
Flussbau ohne Grundarbeiten	150 * x 2.000,-	300.000,-
2.) Landesentwicklung:	250 ha x 2.000,-	500.000,-
3.) Landesentwicklung:	150 ha x 20.000,-	3.000.000,-
4.) Teilweise Baustelleneinrichtung:	200 Arbeiter und Einwohnern	400.000,-

Umsiedlungskosten 1952



Kanalarbeiter und ehemaliger Bahndamm (heute Radweg)



Standort Kanalvorhafen mit Molen 1947-1949 / 1950-1953



Generalplan Rügenhafen (Stand 1953 nach Überarbeitung)

Für den „Rügenhafen“ bilanzierten die Planer einen Kostenrahmen zwischen 6 und 10 Milliarden Deutsche Mark. Die Hälfte davon hätten die Militäreinrichtungen verschlungen.

Am 13. Juni 1953 wurde während einer Sondersitzung der DDR-Regierung beschlossen, das Vorhaben „Rügenhafen“ einzustellen, aufzugeben und ab 15. Juni 1953 mit der Liquidierung und Bäumung der territorialen Baustellen zu beginnen.

- Entscheidungs-faktoren:**
- Komplizierte Wirtschaftslage der DDR u. Unzufriedenheit der Bevölkerung,
 - Besuch der Rügen-Baustellen durch ranghohe sowjetische Militärinspektoren Ende März 1953,
 - Politischer-militärischer Reformkurs nach Ende der Stalin-Ära in der UdSSR,
 - Beginn des systemübergreifenden militärisch-atomaren Raketenzeitalters

Eine Zusatzverordnung zum Regierungsbeschluss regelte die Organisation und den Rückbau der Baustelleneinrichtung, sowie die Rückführung bzw. die Umsetzung/Verteilung von Arbeitskräften und des Bauleitungspersonals auf andere DDR-Großbaustellen bis zum 19. August 1953. Während der Geschehnisse um den 17. Juni 1953 blieben in den aufzulösenden Baustellenbereichen größere Arbeitsniederlegungen aus. Baustellenarbeiter und Strafgefangene wurden nach einer Flugblattaktion voneinander isoliert.

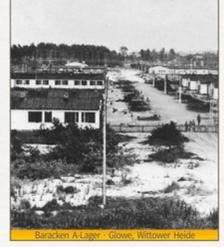
Überliefert sind lokal stattgefundene Handlungen über Fahnen- und Bildervernichtung und einer geplanten Massenflucht von ca. 250 Haftinsassen mit Fischerbooten bzw. mittels Fähre nach Schweden. Mit den Arbeiten für die Baustellenauflosung/-beräumung und der schrittweisen Rückführung von Strafgefangenen aus den Haftlagern wurde erst nach der politischen Umruhrperiode ab Mitte Juli 1953 begonnen. Einige Strafgefangene aus dem A-Lager in Glowe wurden zum befristeten Verbleib in das fertiggestellte C-Lager bei Bobbin verbracht und noch einige Zeit für die Rückbaumaßnahmen eingesetzt. Die Umgehungen an Baustellen wurden zum Ausbau der Häfen nach Stralsund, Rostock und Wismar abtransportiert. Infolge von zahlreichen Entschädigungsansprüchen, Materialdiebstahl, Veruntreuungen, Fehlleistungen und

Schiebereien entstanden der Bau-Union Nord erneut Kosten in Millionenhöhe. Die neu verwaisten Barackenlager mit Inventar wurden entweder erschlossen, verkauft oder sozialen Zwecken zugeführt. Einige davon wurden DDR-Großbetrieben zum Ausbau als Erholungsstätte für Betriebsangehörige oder als Ferienlager für Kinder und Jugendliche übereignet (A- und B-Lager). Das C-Lager bei Bobbin wurde ab 1955 von der Hauptverwaltung Grenzpolizei als Unterkunfts- und Ausbildungsobjekt genutzt und bis zur Wende von der Volksmarine (Dranske-Bug) als Versorgungslager verwendet.

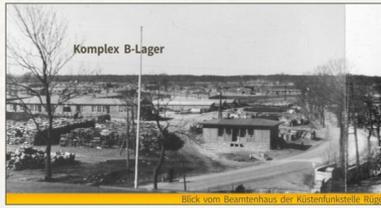
Hier endet der geschichtliche Schnelldurchlauf über die unvollendete Marinehauptbasis „Rügenhafen“.



Ausdehnungsbereich Rügenhafen



Baracken A-Lager Glowe-Wittower Heide



Komplex B-Lager



Gewerbehof Bau-Union